

erklären müssen; jedoch die Ueberreichung unseres Tarifs an die Arbeitgeberorganisation hält Referent für zu verfrüht, da der Punkt 2 unseres Tarifs, welcher den Minimallohn für Drucker und Lithographen betrifft, für beide Teile gleichartig geregelt werden müssten, will jedoch die nachfolgende Diskussion über diesen Punkt erst abwarten, um eine endgültige Meinung in dieser Frage für sich festzulegen. Auch ist Referent der Ansicht, dass wir es im Gau versuchen müssten, an die Arbeitgeber heranzugehen, da die meisten Arbeitgeber unseres Bezirkes dem Arbeitgeber-Verbande nicht angehören. Hierauf nimmt Kollege Sillier das Wort. Bezugnehmend auf die zwei ersten Tarifentwürfe und auf die von allen Seiten eingelaufenen Wünsche und Anträge, bemerkt derselbe, dass es eine Unmöglichkeit wäre, die Wünsche jeder Zahlstelle zu berücksichtigen, ein gemeinsamer Geist müsste herrschen, und wenn wir in Deutschland nur erst die Lehrlingsfrage geregelt, dann hätten wir schon vieles und grosses errungen und bittet den Tarif in seiner jetzigen Fassung anzunehmen, da doch eine jede Zahlstelle etwas profitierte. Nach der darauffolgenden Mittagspause platzten die Gemüter für und gegen den Tarif heftig aufeinander. Die ganze Diskussion drehte sich hauptsächlich um den im Tarif festgelegten Lohnsatz: »der Mindestlohn beträgt für Lithographen 25 Mk., dem Lehrprinzipal ist es gestattet, den Ausgelernten im ersten Gehilfenjahr 21 Mk. zu zahlen« und wurde betont, dass ein Prinzipal sich niemals dazu verstehen würde, 25 Mk. zu geben, wo ihm gestattet sei, 21 Mk. zu zahlen. Auch der Passus: »der Mindestlohn für Drucker beträgt im ersten Gehilfenjahr 21 Mk. und steigt von da ab je nach Leistung«, wurde einer herben Kritik unterzogen. Warum der Lithograph besser wie der Drucker im ersten Jahre bezahlt werden sollte? besonders einige hannoversche Delegierte betonten ausdrücklich, dass sie mit der jetzigen Fassung des Tarifs, der im Punkte »Lohnfrage« eine Verschlechterung für Hannover bedeuten würde, da der Minimallohn für H. jetzt schon 24 Mk. betrage, nicht vor den hannoverschen Kollegen vertreten möchten; erklärten die Einführung des Tarifs für verfrüht und sprachen für die Ueberweisung des Tarifs an die nächste General-Versammlung, dessen Beschluss sich alle Mitgliedschaften fügen müssten. Niemeyer-Hannover erklärt sich mit dem neuen Tarif einverstanden, um auf dieser Basis, Unterhandlungen mit dem Unternehmertum anzuknüpfen, durch die Ueberweisung des Tarifs an die nächste General-Versammlung würde der ganze, jetzt im Flusse befindliche Tarif unmotiviert verschleppt. Gleiche Anschauungen vertraten die Kollegen Borgstedt und Brand etc. Es kamen 2 Resolutionen zur Abstimmung, die erstere trat für Einführung des neuausgearbeiteten Tarifs ein und befürwortete, dass im Anfang nächsten Jahres mit den Unternehmern in Unterhandlung getreten werden sollte, sie wurde in namentlicher Abstimmung mit 8 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Die zweite Resolution lautete folgendermassen:

»Der Gautag erklärt sich mit dem vom Hauptvorstand und Ausschuss neu ausgearbeiteten Tarif in Unterhandlungen mit den Unternehmern einzutreten, nicht einverstanden. Stellt vielmehr zur nächsten General-Versammlung den Antrag, den Mindestlohn für ausgelernte Lithographen und Steindruckler gleichmässig zu gestalten, sodass im ersten Gehilfenjahre 21 Mk. und im zweiten 25 Mk. gezahlt werden.«

Die Resolution wurde mit acht gegen vier Stimmen und einer Stimmenthaltung angenommen. Zum zweiten Punkt, Beitragserhöhung, nahm Kollege Niemeyer einleitend das Wort, indem er warm für die Erhöhung der Beiträge plädierte. Er wies nach, dass unser jetzt gesparter Kampffonds von ca. 150000 Mark doch verschwindend klein sei, wenn daran gedacht werden soll, unserem Tarif zur Einführung den nötigen Nachdruck zu geben, wies nach, wie viele Streiks verloren gingen, nur weil die nötige Munition gefehlt hat, die Kassenverhältnisse zu schlechte gewesen sind. Da tritt dann die Notwendigkeit an die Mitglieder heran, gerade jetzt bei der wogenden Tarifbewegung hauptsächlich an eine Erhöhung der Beiträge zu denken, die uns bei den kommenden unausbleiblichen Kämpfen, für die Durchführung und Hochhaltung unseres Tarifes den Rücken deckt und ist dafür, dass ein Teil des erhöhten Beitrags zur Ausbaurung unserer Unterstützungssätze verwandt würde, um so unseren Mitgliedern gleich ein ins Auge springendes Äquivalent zu bieten und bittet folgende von ihm eingebrachte Resolution anzunehmen:

»In Erwägung, dass ohne Erhöhung der Beiträge unsere Unterstützungssätze speziell für ältere Mitglieder nicht geregelt werden können. Im weiteren, dass ohne starken Kampffonds kaum an eine kräftige Durchführung und Hochhaltung unserer Tarifforderungen gedacht werden kann und der gesammelte Fonds zu minimal ist, stellt der heute den 29. November in Detmold tagende Gau VI zur kommenden Generalversammlung den Antrag, den Wochenbeitrag von 50 auf 60 Pf. zu erhöhen.«

In der Diskussion brachten die Detmolder Delegierten einen Antrag für die Ablehnung der Erhöhung der Beiträge ein; motivierend erklärte Kollege Kressler-Detmold, dass durch unseren Tarif ja unseren Mitgliedern ein grösserer Schutz gewährt würde, darum eine Erhöhung der Beiträge hinfällig wäre. Dem

wurde energisch entgegengetreten mit Beweisen, welche Kämpfe die Buchdrucker führen müssten, um ihren Tarif nur einigermaßen hochhalten zu können und dazu gehört Geld und abnormales Geld. Wiederum wurde namentlich abgestimmt und erklärten sich 11 Delegierte für, 1 gegen die Resolution, einer enthielt sich der Abstimmung. Kollege Niemeyer sprach zum Schluss seine Freude aus, dass das Resultat für die Beitragserhöhung so günstig ausgefallen sei, er wäre mit grossen Hoffnungen nicht damit auf den Gautag gekommen. Unter Verschiedenes wurde der Antrag, die süddeutsche Konferenz zu beschicken, abgelehnt, ebenso ein Antrag, der sich scharf gegen die neugeschaffene Beamtenanstellung der Berliner Lithographenfirma richtet, weil sie über die Köpfe des Haupt-Vorstandes und Ausschusses erfolgt sei und vorgeschlagen, in den einzelnen Zahlstellen event. dazu Stellung zu nehmen. Ein Antrag der Gau-Agitationskommission, jährlich pro 25 Mitglieder 1 Mk. zu bewilligen, um mehr Leben in unsere Agitation zu bringen, wurde angenommen und die Agitationskommission beauftragt, in eine Agitation gegen die geplante Tabaksteuer einzutreten, die unseren Beruf bei Annahme derselben ungeheuer schädigen würde. Schluss 7/7 Uhr abends.

Saalfeld, 29. Novbr. Dass nicht nur in Grossstädten unseres edlen Altmeisters Geburtstag in würdiger Weise alljährlich gefeiert wird, sondern auch in Kleinstädten und kleinsten Orten ist gewiss ein recht erfreuliches Zeichen und für unsere gemeinsame Sache nur vorteilhaft. Ein recht passendes Material für »Senefelder-Abende« hat uns Kollege Paul Möhring-Berlin mit seinem kollegialen Lustspiel »Der Jubiläum« gegeben und hat die hiesige Aufführung gezeigt, dass sich dieses Stück recht gut auch für Aufführungen in Kleinstädten eignet. Das gefällige Lustspiel hat hier in guter Darstellung grossen Beifall gefunden und können wir die Kollegen allerorten die Aufführung nur bestens empfehlen. Die Einstudierung dieses Theaterstückes ist leicht und andere Kostüme werden auch weiter nicht gebraucht, da dieses Stück ja in der Gegenwart spielt. Eine kleine Bühne ist jetzt auch im kleinsten Orte zu treffen und Nachfolger des »Schauspielers« Senefelder sind unter seinen Jüngern allerorten, also steht der Aufführung gar nichts im Wege.

Saalfeld. Ein jeder Kollege, welcher nach hier in Stellung zu gehen gedenkt, (speziell Firma Maerzdorf & Frösch) wird im eigenen Interesse ersucht, bei der hiesigen Verwaltung Erkundigung einzuziehen.

Zittau. Am Sonntag, den 22. November fand im Verkehrlöke, »Alte Weintraube«, eine ausserordentliche Versammlung der hiesigen Kollegen statt, in welcher unser Delegierter Kollege C. Hilbig aus Chemnitz, Bericht über die stattgefundenen Tarifverhandlungen der Lichtdrucker, erstattete. Das Thema lautete: Bericht über die Tarifverhandlungen und was sind nun unsere nächsten Aufgaben. Leider ist es bedauerlich konstatieren zu müssen, dass eine Anzahl Kollegen es nicht für nötig fanden, diese Versammlung zu besuchen, da es doch in eines jeden Interesse liegt, sich Klarheit zu verschaffen. Kollege Hilbig entledigte sich seiner Aufgabe in einer einstündigen, alle befriedigenden Rede. Er ging Punkt für Punkt durch, jeden Einzelnen erklärend und die eventuellen Vorteile hervorhebend. Er zog Vergleiche zwischen den von uns gewünschten und den zugestandenen Forderungen und kam in seinen Ausführungen zu dem Resultate, dass wir für den Anfang mit den Erfoigen zufrieden sein könnten. Hauptsache sei es nun, dass die Kollegen den gefassten Beschlüssen Geltung zu verschaffen suchen und nicht ermüdeten, für unsere gute Sache zu kämpfen. Nach Schluss der Rede sprach der Vertrauensmann Kollege Füllies dem Referenten im Namen der hiesigen Kollegen den Dank für seine mit grossem Beifall aufgenommenen Rede aus. In der Debatte, woran sich verschiedene Kollegen beteiligten, wurde vor allem bemängelt, dass die Abschaffung der Prämien-schieberei nicht durchgedrückt werden konnte. Besonders wurde das Verhalten verschiedener Kollegen in Bezug auf das Prämien-system auf das Schärfste verurteilt. Wenn ein Berliner Kollege, wie mitgeteilt wurde, in einer Woche 100 Mk. (?) zusammenwürgte, während neben ihm Maschinen wegen Arbeitsmangel stillstanden, so zeugt, dass von einer (milde ausgedrückt) eigentümlichen Auffassung von Kollegialität und Mangel an Organisationsbewusstsein. Möchten doch die betreffenden Kollegen baldmöglichst zu einer besseren Einsicht kommen, denn sie schädigen nicht nur andere, Arbeitlose, nein, auch sich selbst. — Ein gemütliches Beisammensein liess uns in angenehmer Weise, die leider so kurz bemessene Zeit bis zum Abgang des Zuges erwarten, den Kollegen Hilbig zur Rückfahrt nach Chemnitz benutzte.

Erklärung!

Der Filialbericht aus Berlin I nötigt uns zu folgender Abwehr:

Die Angriffe, welche Kollege Albert Schutz und Andere gegen uns schleuderten, müssen wir als ungerecht zurückweisen. Dabei sprechen wir gleichzeitig unsere Verwunderung aus, dass der Vorsitzende dieser Versammlung, Kollege Borisch, nach dem Bericht zu urteilen, nicht den nötigen Mut besass, ein Wort der Verteidigung auszusprechen, da

ihm doch persönlich genugsam bekannt ist, wie diese Vorlage zu stande gekommen ist.

Taktische Gründe sind es, die uns die Verpflichtung auferlegen, jetzt nicht auf die Angriffe einzugehen, werden dieses bei gelegener Zeit aber nachholen.

Der Ausschuss.
I. A.: Oskar Ries.

Danksagung!

Werte Kollegen!

Während ich an den Folgen eines schweren Unfalls krank danieder lag, sind mir so viel Beweise der Teilnahme zugegangen, dass es mir unmöglich ist, jedem Einzelnen zu danken.

Ich benütze deshalb den Weg der Öffentlichkeit, allen Freunden und Kollegen für die, über alles Erwarten reichliche Unterstützung, sowie für die herzliche Anteilnahme an meinem Unglück den wärmsten Dank auszusprechen.

Sollte es mir möglich sein, an dem Ringen und Kämpfen der Kollegen wieder aktiv teilzunehmen, so werde ich bestrebt sein, mich dieses ausserordentlichen Beweises Ihrer Solidarität würdig zu zeigen.

Nürnberg, den 4. Dezember 1903.

Mit kollegialem Gruss und Dank
Eduard Leist.

Gewerkschaftliches.

Der Stand des wirtschaftlichen Kampfes.

Beim Magdeburger Klempnerstreik hatte der Vorsitzende des dortigen Gewerbegerichts versucht, eine Einigung herbeizuführen. Das gab den Innungskrautern Veranlassung, sich beim Regierungs-Präsidenten über die unmürstlerische Gesinnung des Richters zu beschweren. Selten ist so deutlich wie hier ausgesprochen worden, dass das Unternehmertum nicht nur die Polizei (wie in Crimmitschau), sondern auch das Richtertum als blindes Werkzeug ihrer herrschenden Launen betrachtet! Nur so lange schützt es den Richter, wie dieser sich als treuer Knecht der wirtschaftlichen Machtthaber betätigt. Objektive Richter sind ihm ein Greul. Wir lernen nie aus.

Weniger verhüllt wie in Magdeburg zeigt sich in Crimmitschau der innige Zusammenhang zwischen Unternehmertum und Polizei. Mächtiger als der Reichskanzler hebt sie dort dreierweise den § 152 einfach auf, verurteilt die 7000 Zehnstundenkämpfer einfach zur Gesetzesübertretung. Ruhe soll herrschen, weil es die Textilmillionäre so befehlen. Weil die starre Gesetzllichkeit den Textilprotzen unheimlich wurde, weil trotz aller Provokationen die Ausgesperrten sich nicht vor die Säbel der Polizisten stellten, deshalb griff man zur brutalen Gewalt. O wir haben es herrlich weit gebracht.

Aber das eine gute hat dies Zusammengehen von Büttel und Protzen: Es erleichtert uns ungemein die Aufklärung unter den uns Fernstehenden. Die Erkenntnis, dass das Unternehmertum den Arbeiter blindwütig als Gendarmarie ausliefert, sobald er ihm unbequem wird, ist ungeheuer wertvoll für uns. Auf uns selbst sind wir angewiesen. Wer steht da feige zurück? —

Das begriffen die Arbeiter des Bernburger Kalksteinbrüches famos: Weil ihnen frecher Unternehmerhochmüt eine Lohnkürzung von 1,20 Mk. pro Woche zumutete, traten sie geschlossen dem Verbande bei! Noch zwei oder dreimal »Crimmitschau« und sie werden es alle begriffen haben.

Der Glaube an Humanität, Ehrenwort, Mannesehre, Ehrlichkeit, Anstand, Takt etc. des Unternehmers wird ohne unser »hetzerisches« Zutun den Arbeitern gründlich ausgetrieben. In Berlin errangen in schwerem Kampfe die Adressenschreiber eine Tarifverbesserung. Die Unternehmer brechen einfach ihr Wort. In Magdeburg versprachen die Klempnermeister vor dem Gewerbegericht feierlich, die Forderung der Streikenden zu bewilligen. Am anderen Tage haben sie bereits »vergessen«, dass sie ihr »Ehrenwort« verpfändet. In Hamburg haben die Rauchwarenfabrikanten ihre Arbeiter, die sich eine Durchbrechung des Tarifs nicht stillschweigend gefallen lassen wollten (man denke sich diesen Ungehorsam!), einfach ausgesperrt. Tarif? Wird kurzerhand abgeschafft wie in Crimmitschau Gesetz und Recht. In Frankfurt a. M. gehen die Maurer im Vertrauen auf den Anstand der Meister an eine Tarif-Revision. Und die Wirkung? Eine Zucht-hausordnung mutet man ihnen zu. Unumschränkte Herrschaft, Herrenrecht mit Sträfllingsordnung predigt man. Fortan soll kein »Fremder« mehr den Bau betreten, Scheinrechte nur werden gewährt, aber »Ruhe« soll sein. Die Arbeiter werden nie wieder auf Unternehmeranstand etwas geben. Ebensovienig wie die Töpfer. Man knüpft Verhandlungen an, macht Schein-Zugeständnisse und bewilligt dann höhnisch einen Pfennig Zulage. So arbeitet man für uns. Uns kann es recht sein. Die Töpfer, jetzt in 30 Orten ausgesperrt, halten aus. Es kämpft sich so angenehm, wenn man im Recht ist. —

In Darmstadt wurden Eisenbahner wegen zu ehrlicher Gesinnung gemassregelt. Die Kameraden scheuen sich nicht, in öffentlichen Versammlungen

